



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

22. Jahrgang, Nummer 02 / 2025

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

auch in diesem Sommer kommen die vielen Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich nicht zur Ruhe. Der Klimawandel schlägt weiterhin gnadenlos zu, Carbon Capture and Storage (CCS) soll in der Bundesrepublik ermöglicht werden, ständige Urantransporte gefährden die Bevölkerung und es drohen erneut Castor-Atomüll-Transporte. Mehr Informationen zu diesen und weiteren Themen findet Ihr hier im BBU-Newsletter.

Die Themen verdeutlichen: Es ist weiterhin wichtig für den Umweltschutz aktiv zu werden und auf die Straße zu gehen. Bitte teilt uns dazu eure Veranstaltungshinweise möglichst frühzeitig mit, damit wir sie mit bewerben können. Gerne auch Hinweise auf Erörterungstermine, umweltpolitische Anhörungen etc.

Nicht auslassen möchten wir an dieser Stelle die Erinnerung daran, wie wichtig für den BBU neue Mitglieder (Initiativen und auch gerne fördernde Privatpersonen) sowie solidarische Spenden sind. Wenn Ihr etwas Zeit dafür finden würdet, „hier und da“ Werbung für den BBU zu machen

und / oder um dem BBU eine Spende zukommen zu lassen, wäre das großartig und eine wichtige Unterstützung für die zukünftige engagierte Arbeit des BBU.

BBU-Aufnahmeanträge findet man unter <https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Bitte weist Freundinnen und Freunde darauf hin.

Und hier das **BBU-Spendenkonto**:

Sparkasse Köln/Bonn
IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66
SWIFT-BIC: COLSDE33
Stichwort: **Sommer 2025**

Gerade für die weitere Vernetzung- und Öffentlichkeitsarbeit des BBU sind Spenden sehr wichtig.

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch weiterhin eine angenehme aber nicht zu heiße Sommerzeit.

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: BBU-Bonn@t-online.de.

Termine: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Artenschutz

Weltbienentag 2025: BBU für Artenvielfalt und gegen Monokulturen

Anlässlich des internationalen Tages der Bienen (20. Mai) hat sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) erneut für eine Neuorientierung in der Landwirtschaft ausgesprochen. „Monokulturen mit Pestizideinsatz und sterile Maisfelder ohne Hecken, ohne Wildblumen und ohne Bienen sind weder für die Verbraucherinnen und Verbraucher noch für die Landwirtschaft erstrebenswert. Es ist dringend ein Um-

denken und ein Wandel erforderlich“, so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU. Zudem ermuntert der BBU zum Engagement für den Bienenschutz.

Der BBU betont, dass neben dem Schutz der Honigbiene besonders der Schutz der zahlreichen Wildbienenarten unverzichtbar ist. Die heimischen Wildbienen sind zwar durch die Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt. Dennoch sind mehr als die Hälfte der über 500 Arten in der Bundesrepublik im Bestand gefährdet. Zu den Ursachen des Artenrückganges bei den Bienen gehören die Zerstörung ihrer Nistquartiere und die Vernichtung ihres Nahrungsangebots. Maßgeblich sind die Folgen der konventionellen Landwirtschaft sowie Flächenverluste durch ungebremsste Bebauungspläne.

Der BBU ermuntert engagierte Privatpersonen dazu, sich intensiv für den Schutz der Bienen und ihrer Lebensräume einzusetzen. „Dabei ist das Engagement für naturnahe Gärten ebenso wichtig wie der Einsatz für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gifteinsatz und ohne Tierfabriken“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Der BBU ist gerne bei der Gründung von Bürgerinitiativen zum Schutz der Bienen und zum Schutz anderer Tier- und Pflanzenarten behilflich oder stellt Kontakte zu bereits bestehenden Initiativen her. Kontakt und Informationen: <https://www.bbu-online.de>

Leicht gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 20.05.2025. Vollständiger Text unter <https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202025/20.05.25.pdf>

Atomenergie

Niederlande: Protest gegen Atomkraftwerke und Urananreicherungsanlage

Am 17. Mai 2025 haben besorgte Bürgerinnen und Bürger in zahlreichen Orten in den Niederlanden dezentral gegen die Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) protestiert. Der landesweite Aktionstag wurde von der Umweltorganisation WISE initiiert und stand unter dem Motto: „Atomenergie? Sehr teuer!“ Eine Protestaktion fand auch an der Urananreicherungsanlage Almelo (Provinz Overijssel) statt, eine Schwesteranlage der Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW).

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) lehnt ebenfalls den geplanten Bau neuer Atomkraftwerke in den Niederlanden ab und begrüßte die Durchführung des Aktionstages am Samstag. BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. betont: „Ein AKW-Störfall mit Radioaktivitätsfreisetzungen in den Niederlanden könnte auch zu erheblichen Verseuchungen in der Bundesrepublik führen. Außerdem gibt es auch in den Niederlanden keine Lösung für den bereits vorhandenen Atommüll. Darum darf kein weiterer Atommüll produziert werden“,



Udo Buchholz nahm selber an der Protestmahnwache an der niederländischen Urananreicherungsanlage in Almelo (NL) teil. Im Anschluss verteilten niederländische und deutsche Atomkraftgegner gemeinsam in der Innenstadt von Almelo Infoblätter über die Gefahren der Atomenergie. .

Leicht gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 19.05.2025. Vollständiger Text unter <https://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202025/19.05.25.pdf>

Sorge nach Angriff auf iranische Atomanlagen / Ständig Urantransporte von und nach Gronau / Ministerin Neubaur soll aktiv werden

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) warnt vor Urantransporten und vor den Folgen militärischer Angriffe auf Uranfabriken.

Aktuell ist der BBU darüber besorgt, welche ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen die erfolgten Angriffe auf eine oder mehrere Urananreicherungsanlagen, und auf weitere Atomanlagen, im Iran haben werden. Auf der Internetseite des Bundesamtes für Strahlenschutz gibt es dazu bisher keine Informationen. https://www.bfs.de/DE/aktuell/aktuell_node.html

Mit Blick auf die Atomanlagen in der Bundesrepublik weist der BBU darauf hin, dass die umstrittene Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) sowie die Brennelementefabrik in Lingen (Niedersachsen) nicht gegen militärische Angriffe und auch nicht gegen Flugzeugabstürze ausgelegt sind. Beide Anlagen sind unbefristet am Netz und in beiden Anlagen wird Uranhexafluorid verarbeitet. Uranhexafluorid ist ein radioaktives Material. Bei Freisetzungen kann Uranhexafluorid mit Feuchtigkeit reagieren, wobei u. a. die tödliche Flusssäure

entsteht. Bei entsprechenden Freisetzungen müsste in weiten Bereichen kurzfristig evakuiert werden. Zudem kann der Angriff auf Uranfabriken zu Verseuchungen durch Uranpartikel führen.

Zum Schutz der Bevölkerung fordert der BBU schon lange die Stilllegung der beiden Uranfabriken in Gronau und Lingen. International unterstützt der BBU die Forderung nach Ächtung der Urananreicherung.

Ständig Uranhexafluoridtransporte von und nach Gronau

Am 12. Juni 2025 hat mindestens ein LKW mit Uranhexafluorid und ein Sonderzug (allerdings diesmal ohne Uranhexafluorid) die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) verlassen. Vor der Urananreicherungsanlage demonstrierten spontan einige AtomkraftgegnerInnen gegen die ständigen Urantransporte von und nach Gronau

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 13.06.2025. Vollständiger Text unter <https://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202025/13.06.25.pdf>

31. August, 14 Uhr: Demo Zwischenlager Ahaus – Castor-Genehmigung ante portas?



Die NRW-SPD hat über die Medien bekanntgegeben, dass wir schon in den nächsten Tagen (bis Mitte August) mit der Castor-Transportgenehmigung für die 152 Jülich-Castoren (und womöglich auch gleich die Garching-Castoren) rechnen müssen. Das grün geführte BASE und das grün geführte NRW-Wirtschaftsministerium wollten sich – wieder einmal – nicht äußern. Laut SPD wird mit einem Transportzeitraum von vier bis acht Jahren (!) geplant.

Nun wird es also ernst und damit auch Zeit für neue Proteste: Am Tag nach Bekanntgabe der Transportgenehmigungen sollen jeweils um 18 Uhr vor dem Forschungszentrum Jülich und vor dem Zwischenlager Ahaus spontane Mahnwachen stattfinden. Und am Sonntag, 31. August, dann um 14 Uhr der Sonntagsspaziergang vor dem Zwischenlager in Ahaus.

Wir lassen uns nicht einschüchtern – versagt haben sowohl Schwarz-Grün in Düsseldorf, wie auch die SPD in der Bundesregierung. Der neue Bundesumweltminister könnte den Castor-Marathon sofort untersagen, von Schwarz-Grün und der grünen NRW-Atomministerin ist nix zu sehen. Da kommt keine der drei Parteien gut bei weg – Atomausstieg bleibt Handarbeit.

Quelle: <https://sofa-ms.de/?p=3398>. Haltet Euch über Aktionstermine in Jülich und Ahaus auf dem Laufenden: <https://www.westcastor.org>, <https://www.bi-ahaus.de>, <https://sofa-ms.de>

Verlängerte Zwischenlagerung: Was alles geprüft werden müsste

Die Genehmigung des Brennelemente-Zwischenlagers Gorleben (BZG) läuft bekanntlich im Jahr 2034 aus. In Vorbereitung auf die für 2026 geplante Antragstellung für die verlängerte Zwischenlagerung startete die Bundesgesellschaft für Zwischenlager (BGZ) bereits im November 2024 die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), in der die Auswirkungen des Betriebs der Anlage auf die Umwelt geprüft werden.

„Bereits im Sommer sollte der sogenannte Scoping-Termin stattfinden, doch derzeit hüllen sich die BGZ und auch die Genehmigungsbehörde BASE (Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung) in Schweigen“, merkt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Wahrscheinlich, weil sie die Unzulänglichkeiten ihrer Scoping-Vorlage, die wir wiederholt kritisiert haben, nachbessern will. Der Zeitverzug eröffnet uns die Möglichkeit darzulegen, was im Rahmen einer UVP eigentlich alles geprüft werden müsste, zumal die 113 Castorbehälter in Gorleben wahrscheinlich weitere 100 Jahre oberirdisch gelagert werden, bis ein Endlager in Deutschland in Betrieb geht.“

Als Referenten für eine Veranstaltung im Ostbahnhof Dannenberg am Mittwoch den 13. August um 18 Uhr konnten die Bäuerliche Notgemeinschaft, die Rechtshilfe Gorleben und die BI Umweltschutz den renommierten Umweltwissenschaftler Prof. Dr. Johann Köppel gewinnen, der gemeinsam mit Dr. Peter Widmayer von der BI-Fachgruppe Radioaktivität den Rahmen abstecken wird, der bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung seitens der BGZ bearbeitet werden müsste.

Das hat letzten Endes bundesweite Bedeutung, denn das Zwischenlager in Gorleben ist das erste, das in die „Verlängerung“ geht. Ehmke: „Es ist eine Blaupause für alle weiteren Genehmigungsverfahren.“

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 8. August 2025. Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Atommüllkonferenz

Die nächste bundesweite Atommüllkonferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen findet am 18. Oktober 2025 statt. Weitere Einzelheiten werden unter <https://www.atommuellkonferenz.de> veröffentlicht.

CCS

BBU-Stellungnahme: Geplantes Kohlendioxidspeicherung- und -transportgesetz ist eine Gefahr für Klima und Umwelt

Deutlich kritisiert hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) in einer umfangreichen Stellungnahme im Rahmen der Verbändeanhörung den Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG). Der Umweltverband hat die Ablehnung detailliert begründet. Mit dem Gesetz soll das KSpG in das Kohlendioxidspeicherung- und -transportgesetz (KSpTG) übergeführt werden. Dadurch soll Carbon Capture and Storage (CCS) in Deutschland ermöglicht werden. Der Umweltverband lehnt CCS, die Verpressung von Kohlendioxid (CO₂) in den Untergrund, als klimaschädlich ab. Zudem drohen bei der Freisetzung von CO₂ erhebliche Gefahren für die Umwelt und die Bevölkerung. Der BBU fordert daher ein CCS-Verbot für ganz Deutschland.



Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt dazu: „Kohlendioxid soll primär in der deutschen Nordsee in den Untergrund verpresst werden. Doch die angebliche Dichtheit dieser CO₂-Endlager ist ein reiner Mythos. CCS-Speicher müssen vielmehr undicht sein. Wird CO₂ in den Untergrund verpresst, muss eine volumengleiche Verdrängung von Formationswasser und Gasen im Untergrund durch CO₂ erfolgen. Würde der CO₂-Speicher nicht offen sein, würde der hohe Druck im Inneren zu hydraulischen Rissbildungen führen. Diese hätten ihrerseits Undichtigkeiten der Speicher zur Folge. CO₂-Speicher sind daher offene Systeme. Dabei kann in erheblichen Maße Methan verdrängt werden und entweichen. Aufgrund der deutlich höheren Klimaschädlichkeit von Methan im Vergleich mit Kohlendioxid reicht nur ein Methan-Anteil von wenigen Prozenten im verdrängten Volumen aus, um den behaupteten positiven Klimaeffekt von CCS zu konterkarieren. Oberhalb dieser Grenze verstärkt CCS den Treibhauseffekt und heizt die Klimakatastrophe an. Entsprechendes gilt für die mögliche CO₂-Speicherung an Land, die über eine opt-in-Länderklausel ermöglicht werden soll.“

Die Errichtung und der Betrieb von CO₂-Pipelines soll ebenfalls durch das Gesetz ermöglicht werden. In seiner Stellungnahme verweist der BBU darauf, dass es bei einem Transport von CO₂ in Pipelines an Land bei Lecks und Leitungsbrüchen zu Freisetzungen des erstickend wirkenden Gases kommen kann. Gerade in der Nähe von Ballungsgebieten können zahlreiche Menschen gefährdet werden. Eine besondere Gefahr besteht darin, dass in das Pipelinenetz CO₂ aus vielen verschiedenen Industrien eingespeist wird. Diese CO₂-Gasgemischungen enthalten zahlreiche Verunreinigungen. Sie können dazu führen, dass die jeweilige Pipeline Risse bekommt. Bereits geringe Mengen an Begleitstoffen im CO₂-Strom können den Zustand verändern, so dass sich beispielsweise das Gas plötzlich ausdehnt und es zum Bersten der Pipeline kommt. Vorhaben bei denen CO₂-Ströme aus verschiedenen Industrien zusammengeführt wurden, sind bisher nicht erforscht und umgesetzt worden. Damit ist auch die Problematik der Korrosion ungelöst. Internationale Standards für diese Problematik liegen nicht vor. Damit wird der Transport von CO₂ in Pipelines zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Oliver Kalusch fasst zusammen: „CCS ist eine unbeherrschbare Hochrisikotechnologie, die verboten werden muss. Statt CCS brauchen wir einen forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien.“

Die Stellungnahme des BBU ist zu finden unter https://www.bbu-online.de/Stellungnahmen/BBU_KSpG-Aenderung_2025_end.pdf

BBU-Pressesmitteilung vom 14.07.2025

Friedensbewegung

80 Jahre Hirshima / Nagasaki

Mitglieder von Friedens- und Anti-Atomkraft-Initiativen aus NRW und Niedersachsen haben am 3.8.25 an die Atombombenabwürfe vor 80 Jahren über Hiroshima und Nagasaki erinnert. Sie trafen sich dazu an der Urananreicherungsanlage in Gronau, NRW. Die Initiativen fordern die sofortige Stilllegung der Anlage, den Abzug der Atomwaffen aus Büchel/ Rheinland-Pfalz und die Abschaffung aller Atomwaffen. Weitere Informationen zum 80. Jahrestag der Atombombenabwürfe und weitere Gedenktermine:

<https://www.friedenskooperative.de>

Pressemitteilung des AKU Gronau vom 04.08.2025



Pestizide

Breites Bündnis fordert: Raus aus der Pestizid-Ära

Lassan/Hamburg, 22. Juli 2025. Gemeinsame Pressemitteilung von Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V. (BEL) und Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany).

Über 100 Organisationen und Einzelpersonen aus Bio-Branche, Wasserwirtschaft, Umweltschutz, Wissenschaft und Zivilgesellschaft fordern die Bundesregierung auf, den schrittweisen Ausstieg aus chemisch-synthetischen Pestiziden einzuleiten. In einem Offenen Brief wenden sie sich direkt an Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer und Bundesumweltminister Carsten Schneider.

Quelle und vollständiger Text: <https://pan-germany.org/pestizide/breites-buendnis-fordert-raus-aus-der-pestizid-aera>

Tonerschäden

nano-Control, Internationale Stiftung auf der 28. ETH Nanoparticle Conference (ETH NPC25) 16.-19. Juni 2025 in Zürich

Heike Krüger, Vorstandsvorsitzende (Hoya) und Stefan Hausmann, Stiftungsratsvorsitzender (Alfeld) der gemeinnützigen Stiftung nano-Control (Stiftungssitz in Hamburg, Verwaltungssitz in Hoya) folgten einer Einladung der Organisatoren der ETH NPC25 in die Schweiz.

Im vergangenen Jahr wurde die ehrenamtliche Stiftung als assoziiertes Mitglied bei der VERT Association in der Schweiz aufgenommen. So entstanden die neuen internationalen Kontakte zu Experten aus dem Bereich Technologie zur Emissionsminderung von Verbrennungsmotoren, ein internationaler Verband von Herstellern von Emissionsminderungssystemen (z.B. Messergeräte, Filter, Reinigungsanlagen), die zur Teilnahme an der ETH NPC25 führten.

Experten aus Forschung, Industrie und Regierung kamen bei der Konferenz aus der ganzen Welt zusammen, um Themen im Zusammenhang mit Nanopartikeln, bezüglich der Quellen, ihrer Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt sowie neuer Technologien zur Eindämmung zu diskutieren.

Pressemitteilung der Stiftung nanoControl vom 13.07.2025. Quelle und vollständiger Text unter <https://www.nano-control.org/nano-control-internationale-stiftung-auf-der-28-eth-nanoparticle-conference-eth-npc25-16-19-juni-2025-in-zuerich>

Verkehrspolitik

Misstände bei den Bahnanlagen in Gau-Algesheim

Im Februar 2025 hatte die Schutzgemeinschaft Laurenziberg (eine Mitgliedsinitiative des BBU) an den damaligen Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing geschrieben. In dem Schreiben ging es um Misstände bei den Bahnanlagen in Gau-Algesheim. Einige Wochen später, der Minister war noch im Amt, erreichte die Schutzgemeinschaft ein Antwortschreiben. Der Schriftwechsel kann auf der Internetseite der Schutzgemeinschaft unter <https://schutzgemeinschaft-laurenziberg.de/brief-an-den-bundesminister-fuer-justiz-digitales-und-verkehr> nachgelesen werden.

Bitte beachten: Auf der Internetseite gibt es weitere interessante Informationen, z. B. über den engagierten Verein „Eulen- und Greifvogelschutz Appenheim“ und Terminhinweise:

<https://schutzgemeinschaft-laurenziberg.de>

Zum Schuljahresende: Schlechtes Zeugnis für die Bahn Deutsche Bahn und Verkehrspolitik bleiben sitzen

Unpünktlich, marode, teuer, verschuldet – die Noten für die Deutsche Bahn AG auf ihrem Zeugnis sind erschreckend. Wäre die Deutsche Bahn eine Schülerin, müsste sie das Schuljahr wiederholen.

Die Pünktlichkeit der Deutschen Bahn AG im Fernverkehr nahm kontinuierlich ab und lag nach schon mangelhaften 72,7 Prozent im Januar im Juni sogar nur noch bei 62,9 Prozent. Dazu kommen viele ungeplante, kurzfristige Zugausfälle, die die Statistik gar nicht erfasst. Der verschmutzungsbedingte Ausfall eines ICEs auf dem Weg von München nach Hamburg war nur ein trauriger Tiefpunkt unter vielen. Trotzdem steigen die Kosten für die Fahrgäste: Die Streichung der Familienreservierung reiht sich ein in die Preiserhöhungen der letzten Jahre und den Wegfall der Partner-Bahncard. Neuerdings wird das Fernverkehrsnetz zum Kosten sparen eingedampft, und fahrgastfreundliche IC-Angebote wie die Kurswagen über Niebüll nach Dagebüll Mole werden gestrichen. Auch die Aussichten sind erschreckend: Vollsperrungen mit katastrophal organisiertem Ersatzverkehr allenthalben. Und trotzdem wird nur halbherzig saniert und das auch noch im Schneckentempo.

Dazu Carl Waßmuth, Sprecher von Bahn für Alle: „Der Zustand des Bahnverkehrs in Deutschland zeigt, dass die Deutsche Bahn als profitorientiertes Unternehmen nicht leistet, was wir benötigen. Da hilft es auch nicht, doppelt so viel Geld in die DB zu stecken. Wir brauchen die Gemeinnützigkeit für alle Geschäftsbereiche, nicht nur für die Infrastruktur. Der Bund muss konkrete Gemeinwohlziele vorgeben und dafür eine entsprechende Finanzierung langfristig sichern.“

Der Gewährleistungsauftrag des Art. 87e Abs. 4 S. 1 GG verpflichtet den Bund, „dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes sowie bei deren Verkehrsangeboten auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen, Rechnung“ zu tragen.

Carl Waßmuth weiter: „Die Bahn ist nicht das erste Mal sitzen geblieben, das geht schon seit vielen Jahren so. Der Bund muss eingreifen und konkrete verkehrliche Ziele zur Sicherung der Daseinsvorsorge definieren. Die staatseigene DB AG ist in der Umsetzungspflicht, verlässliche Angebote in der gesamten Fläche anzubieten. Dabei muss die Streckensanierung wieder unter rollendem Rad erfolgen. Statt der Streichung von Fernverkehrsangeboten muss die Ausweitung der Bahnangebote ein zentrales Ziel sein.“

Bahn für Alle begrüßt den deutlichen Aufwuchs der Investitionsmittel der Deutschen Bahn AG, aber Geld allein hilft der Bahn nicht. Der Konzern muss wieder stärker integriert statt weiter aufgespalten werden, damit der Bahnbetrieb rundläuft und die vielen Schnittstellenprobleme beseitigt werden. Nur so kann eine Bahnreform 2.0 Erfolg bringen.

Für Rückfragen: Carl Waßmuth, Carl.Wassmuth@bahn-fuer-alle.de
Pressemitteilung vom Bündnis Bahn für Alle (in dem auch der BBU mitwirkt) vom 29.07.2025

Waldschutz / Klimaschutz

ROWO-Floßtour 2025: „Like the sea we rise! Volle Fahrt voraus für Klimagerechtigkeit!“ / Auf dem Rhein von Mainz nach Düsseldorf 22. August bis 07. September

Volle Fahrt voraus für Klimagerechtigkeit! – heißt es am 22. August in Mainz. Mit einem Holzfloß wird eine Crew von ROBIN WOOD dann auf Tour gehen und zwei Wochen lang auf dem Rhein bis nach Düsseldorf unterwegs sein. Entlang der Strecke wollen die Klimaaktivist*innen Menschen mit an Bord holen, um gemeinsam für ein solidarisches Klima aktiv zu werden.

Pressemitteilung von Robin Wood vom 07.08.2025. Vollständiger Text:

<https://www.robinwood.de/pressemitteilungen/robin-wood-floss-tour-2025-sea-we-rise-volle-fahrt-voraus-fuer-klimagerechtigkeit>



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 02 / 2025, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 20.08.2025. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: uaanee@web.de In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an BBU-Bonn@t-online.de abbestellen.